

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 14. September 2023

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf
Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Sicherheit statt Asylwahn“

Three handwritten signatures in blue ink. The first signature on the left is 'Johann Tschürtz'. The middle signature is 'Alexander Petschnig'. The signature on the right is 'Ilse Benkö'.

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Sicherheit statt Asylwahn“

Das Thema Sicherheit ist umfassend und vielschichtig. Es betrifft jeden Lebensbereich und jede Familie. Als Freiheitliche sehen wir es als Pflicht, gegenüber den Menschen ehrlich zu sein und sie nicht mit den Problemen alleine zu lassen. Es ist unsere Aufgabe, bestehende Probleme zu lösen und neue Probleme zu vermeiden.

Die unkontrollierten Migrationsströme der vergangenen Jahre haben klar gemacht, dass die FPÖ die einzig wahre Heimatpartei ist. Denn für uns Freiheitliche steht fest: Illegale Einwanderung und Verbrechen unter dem Schutzmantel des Rechts auf Asyl werden in unserem Land nicht toleriert. Wer kein Aufenthaltsrecht in unserem Land hat, muss es umgehend verlassen.

Die Sicherheit der Menschen ist vor allem auf Grund des Asylwahns in Gefahr. Ein Teil der Asylwerber ist gar nicht gewillt, sich zu integrieren. Einigen geht es vor allem darum, ihr Gastland auszunutzen. Ein Teil ist auch nicht bereit, die Rechtsordnung zu akzeptieren. Das sollte offen angesprochen werden dürfen, ohne dass man in Verdacht gerät, ausländerfeindlich zu sein. Es ist notwendig, gegen diese Fehlentwicklungen vorzugehen. Mehr Sicherheit ist unser gutes Recht.

Über Jahre hinweg galt das Burgenland als das sicherste Bundesland in Österreich, wie etwa Kriminalitätsstatistiken aufzeigten. Als die FPÖ von 2015 bis 2020 in der Burgenländischen Landesregierung vertreten war und der damalige Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz ein eigenes Sicherheitsressort gegründet hat, setzte man alles daran, diesen Status weiter auszubauen:

Primär ging mit der freiheitlichen Regierungsbeteiligung eine Asyl-Obergrenze von 1 Prozent der Gemeindebevölkerung in der Grundversorgung einher. Die nachfolgende SPÖ-Alleinregierung unter Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil hielt daran nicht fest, womit aktuell zum Beispiel bei Gemeinden unter 500 Einwohnern eine Obergrenze von 4 Prozent gilt, welche mit Zustimmung der Gemeinde sogar noch überschritten werden kann! (siehe S. 103 „Zukunftsplan Burgenland“)

Es wird daher als erster Schritt eine Rückkehr zur „1 Prozent-Regel“ für die bestehende Grundversorgung im Burgenland gefordert, um eine kontrollierte Integration zu ermöglichen. Doch das allein genügt nicht. Wie das Vorjahr gezeigt hat, als bundesweit rund 112.000 Asylanträge gestellt wurden, ist die Völkerwanderung längst noch nicht gestoppt. Zudem kommt eine Vielzahl der Flüchtlinge über den burgenländischen Teil der Staatsgrenze nach Österreich.

Als zweiter Schritt soll das Burgenland - als hauptbetroffenes Bundesland – deswegen die Grundversorgungsvereinbarung gemäß Art. 15a B-VG kündigen. Diese Kündigung würde frühestens nach 18 Monaten wirksam und dann einen kompletten Aufnahmestopp in der burgenländischen Grundversorgung bewirken. Auch angesichts der hohen Anzahl an Schleppern und damit verbundenen Unfällen wäre diese Maßnahme im Burgenland mehr als angebracht. Im Übrigen waren im Herbst 2022 rund 70 Prozent der Insassen in der Justizanstalt Eisenstadt wegen Schlepperei in Haft! (vgl. <https://burgenland.orf.at/stories/3178169/>)

Das Geld der Grundversorgung sollte besser in Sicherheitsprojekte für die Burgenländer investiert werden. Auch die hervorragende Arbeit der Polizei stößt an ihre Grenzen, wenn sie zu sehr mit Flüchtlingen und Schleppern beschäftigt wird. Die Bundes- und EU-Politik der – mehr oder weniger – offenen Grenzen, führt zu keiner Verminderung von Strafdelikten. Im Gegenteil sind etwa Einbrüche nach wie vor ein großes Thema im Burgenland.

Die FPÖ Burgenland hat mit dem Projekt Sicherheitspartner in der letzten Legislaturperiode eine Lösungsmöglichkeit aufgezeigt, um die subjektive Sicherheit in den burgenländischen Gemeinden zu erhöhen. Dabei wurde auch die soziale Komponente nicht aus dem Auge gelassen, indem es als Beschäftigungsprojekt geführt wurde. Nach der Erweiterung des Einsatzgebietes auf das gesamte Burgenland im Jahr 2019 wurde ein Ausbau in Anlehnung an die Bayerische Sicherheitswacht geplant. Doch dazu kam es nicht. Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil hat die Sicherheitspartner 2020 nämlich ganz abgeschafft.

Gleich erging es dem allseits beliebten jährlichen „Tag der Sicherheit“ mit sämtlichen Einsatzorganisationen und tausenden Besuchern. Er wurde zuerst wegen der Corona-Pandemie ausgesetzt und seitdem gar nicht mehr durchgeführt. Stattdessen wurde der Fokus etwa auf den Ausbau der „Landes-Radargeräte“ gelegt, wo täglich zig Pendler bestraft werden – und das nicht nur an neuralgischen Punkten wie Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen.

Wenn der Burgenländischen Landesregierung Sicherheit wirklich etwas wert ist, soll sie noch vor der nächsten Landtagswahl umdenken und wieder ein Sicherheitsprojekt wie die Sicherheitspartner oder die Bayerische Sicherheitswacht ins Leben rufen, das allen Bürgern zugutekommt. Genauso wichtig erscheint die Wertschätzung aller Einsatzorganisationen sowie die Information der Bevölkerung mit Veranstaltungen wie dem „Tag der Sicherheit“, welcher wieder durchgeführt werden sollte.

Zusammenfassend braucht es jedoch als Basis für die Sicherheit im Burgenland eine kontrollierte Zuwanderung und keinen Asylwahn. Mit der Kündigung der Grundversorgungsvereinbarung würde der Druck auf die Bundesregierung erhöht werden, eine funktionierende gesamtstaatliche Lösung herbeizuführen. Damit wären auch wieder mehr Ressourcen für tolle Sicherheitsprojekte und -veranstaltungen verfügbar und das Burgenland wieder am Weg zum sichersten Bundesland.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung, insbesondere Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, wird aufgefordert,

1. für die bestehende Grundversorgung wieder eine Asyl-Obergrenze von 1 Prozent der Gemeindebevölkerung einzuführen;
2. aufgrund der Flüchtlingswellen über den burgenländischen Teil der Staatsgrenze die Art. 15a Grundversorgungsvereinbarung zu kündigen und
3. damit einen kompletten Aufnahmestopp in die burgenländischen Grundversorgung zu bewirken;
4. anstatt Pendler mit „Landes-Radargeräten“ zu bestrafen, wieder ein Projekt für die subjektive Sicherheit der Burgenländer ins Leben zu rufen, am Beispiel der ehemaligen Sicherheitspartner oder der Bayerischen Sicherheitswacht; sowie
5. die Einsatzorganisationen wertschätzende und der Bevölkerung dienliche Veranstaltungen wie den „Tag der Sicherheit“ wieder durchzuführen.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.